

Der Haushalt der Großen Koalition

Nur scheinbar ambitioniert

17.03.2014

Wolfgang Schäuble ist kein Taschenspieler. Dennoch greift auch er in die Trickkiste, wenn es darum geht, wählerwirksam einen ausgeglichenen Staatshaushalt für 2015 zu präsentieren. Es bleibt ihm angesichts der mangelnden Ausgabendisziplin der schwarz-roten Koalition nicht viel anderes übrig. Der erste ausgeglichene Haushalt seit 1969 – das klingt ambitioniert. Ist es aber nicht. Schließlich waren in der alten Finanzplanung für die Jahre 2016 und 2017 sogar Überschüsse von 15 Milliarden Euro angepeilt. Davon ist nun keine Rede mehr.

Dabei kann der Staat mit deutlich mehr Einnahmen rechnen: Die Konjunktur ist trotz der Eurokrise robust, die Zahl der Erwerbstätigen ist historisch hoch, die Kosten der Arbeitslosigkeit bleiben im Rahmen, die Zinsen sind extrem niedrig. Die Steuereinnahmen sollen – so die Prognosen – auch in den nächsten Jahren sprudeln. Als Sahnehäubchen kommen – den Steuer-CDs sei Dank – noch Einnahmen aus den immer noch rapide wachsenden Selbstanzeigen von Steuerbetrügnern hinzu. Auch die – aktuell noch gar nicht eingerechneten, weil nach wie vor heftig umstrittenen – Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer sollen bald jährlich zwei Milliarden Euro zusätzlich in die Staatskasse spülen.

Weil aber die Einnahmen trotz allem nicht ausreichen, um auf eine schwarze Null zu kommen, bedient sich die Regierung einiger Tricks. Da ist zunächst einmal der staatliche Zuschuss für den Fonds der Krankenversicherung. Die Regierung zahlt einfach 3,5 Milliarden Euro weniger ein, obwohl das Geld eigentlich für versicherungsfremde Leistungen vorgesehen ist – und daher mit den Beiträgen der gesetzlich Versicherten nichts zu tun hat. Auch bei den dringend notwendigen Investitionen, etwa in den Straßenbau, wird spürbar eingespart. Und die für dieses Jahr geplante Erhöhung des Kinderfreibetrags und Kindergelds wird auf 2016 verschoben.

Was allerdings schwerer wiegt, sind die ungedeckten Schecks auf die Zukunft. So beschloss die Regierung die Ausweitung der Mütterrente. Das kann man machen. Allerdings bürdet die Koalition die Kosten dafür den Beitragszahlern auf. Das ist ein klarer Systembruch, denn die Mütterrente muss aus der Steuer und darf nicht aus den Sozialbeiträgen bezahlt werden. Dieser Fehler wurde bei deren Einführung 1989 schon einmal begangen und ist dann später von Rot-Grün korrigiert worden. Hinzu kommt die Rente mit 63 für wenige Jahrgänge, für die jüngere Arbeitnehmer zahlen, obwohl sie selber nie in deren Genuss kommen werden. Beifallstürme kann es für eine solche Politik nicht geben. Ein Zeugnis für nachhaltige Finanzierung, die berücksichtigt, dass in einigen Jahren die Babyboomer in Rente gehen, kann man ihr nicht ausstellen.

Das alles zeigt: Der Staat spart nicht originär an sich. Es ist keine Rede davon, etwa die Beamten Schritt für Schritt in die gesetzlichen Sozialversicherungen zu überführen. Wer, wenn nicht eine Große Koalition, sollte sich an die Herkulesaufgabe machen, die finanzielle

Zeitbombe Beamtenpensionen zu entschärfen? Das im Wahlkampf der SPD oft gefallene Wort Bürgerversicherung ist heute nicht mehr zu hören. Auch der Union fehlt der Wille, die verkrusteten Strukturen des Staatsapparats zu modernisieren.

Man regiert halt zusammen. Ohne Esprit und ohne den Mut, große Herausforderungen anzugehen. Jede Partei hofft, nach vier Jahren als Siegerin aus dieser Koalition hervorzugehen. Die eine wird sich mit der Mütterrente brüsten, die andere mit der Rente mit 63. Und beide werden sich den ausgeglichenen Haushalt als Erfolg auf die Plakate pinseln. Die Regierungsparteien verfolgen also schon jetzt eine Art Doppelstrategie: Sie präsentieren sich zugleich spendabel und solide. Das aber ist ein Widerspruch in sich – und der zeigt sich in dem nur vermeintlich ambitionierten Haushalt.